

Liebe Zivilgesellschaft,

Ich habe gehört, dass du einige besorgniserregende gesundheitliche Probleme hast, und daher dachte ich, dass ich dir schreibe. Ich habe mir überlegt, dass du, während du wieder zu Kräften kommst, vielleicht eine Geschichte hören möchtest. Es handelt sich dabei um eine eigenartige Geschichte aus Österreich, aber einige Teile davon sind von durchaus grundsätzlicher Natur.

Es beginnt vor über dreißig Jahren, im Jahr 1986, mit der Geschichte von Kurt Waldheim und seinem Pferd, einem sehr bezeichnenden Beispiel dafür, wie dieses Land noch immer damit ringt mit seiner Vergangenheit klarzukommen, mit seiner umfassenden Mitschuld an der mörderischen Strategie Adolf Hitlers und der Durchsetzung seiner Politik. Waldheims Weigerung während seiner Kandidatur für das Amt des Präsidenten Licht in seine eigene Geschichte zu bringen hat ein hölzernes Gegen-Pferd geboren. Gezeugt wurde es durch einen Scherz von Fred Sinowatz, dem amtierenden Kanzler, und Alfred Hrdlicka, Peter Turrini und Manfred Deix haben dabei Geburtshilfe geleistet. Ein Foto dieses Pferdekopfs ist das Herzstück der Installation. Du siehst also, dass du da von Beginn an involviert warst, und ich hoffe, dass dieser Text und diese Installation den Geist des Pferdes widerspiegeln.

Als das alles passierte, sah es so aus, als ob nur ordentlich aufgeräumt werden müsste als ein notwendiger Schritt auf dem Weg Österreichs zu einer reiferen Demokratie. Es stellte sich aber heraus, dass es sich um einen Richtungswechsel handelte, den die Welt zu nehmen im Begriff war. Dies war jedoch schon von langer Hand vorbereitet worden und hat mit einem anderen bekannten Pferd zu tun. Aber mehr dazu später. Zuerst eine kleine Hintergrundgeschichte.

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Börsencrashes von 1929 und die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs haben zu einem Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit geführt, das günstig für die Arbeit war. Die Gesetzgebung im Wohlfahrtsstaat, wie das Gesetz zur Wiedereingliederung der Gl, die verstaatlichten Industrien, Regulierungen für das Kapital und die grundlegende Akzeptanz keynesianischer Wirtschaftspolitik entmutigten aber diejenigen, die nach mehr Freiheiten für das Kapital verlangten. Es dauerte nicht lange und sie fanden einen merkwürdigen Retter in der Person eines Exilanten, einem Österreicher niederen Adels namens Friedrich August von Hayek, der 1944 einen schmalen Band mit dem Titel „Der Weg zur Knechtschaft“ veröffentlicht hatte. Er behauptete, dass Planwirtschaft, ob faschistisch oder kommunistisch, stets zu Unfreiheit führe und sogar der Wohlfahrtsstaat nach und nach genau dahin gelangen werde.

Hayeks Ansichten waren der Ausgangspunkt für die Wiederbelebung des fundamentalistischen Glaubens in die Märkte, als Maßstab für die Entwicklung des Neoliberalismus. Durch die „Mont Pelerin Gesellschaft“ konnte er seinen Ideen Nachdruck

verleihen. Gegründet 1947 auf einer Konferenz, wurden deren Kosten zu 93% von der Credit Suisse getragen. Am Gründungstreffen nahmen viele namhafte Persönlichkeiten aus den Wirtschaftswissenschaften, der Geschäftswelt, dem Bankwesen und der Philosophie teil, neben Hayek selbst, Milton Friedman, Ludwig von Mises, George Stigler und Karl Popper, der Autor von „Die Offene Gesellschaft und ihre Feinde“ (1945). Popper zog sich jedoch wieder zurück, als es immer weniger darum ging die Demokratie vor dem Totalitarismus zu schützen und verstärkt eine neoliberale Marktideologie propagiert wurde.

Das öffentliche Gesicht der „Mont Pelerin Gesellschaft“ ist eine ausdruckslose Maske: „Sie vertritt keinen offiziellen Standpunkt, sie formuliert keine Politik, sie veröffentlicht keine Manifeste, sie verbündet sich mit keiner politischen Partei und sie akzeptiert keine politische oder öffentliche Förderung.“ Sie ist folglich ein reiner Debattierklub für geladene Gäste. Was jedoch die Wohlfahrtsstaaten, die demokratischen Strukturen und die egalitären Gesellschaften angeht, handelte es sich dabei um das neoliberale trojanische Pferd schlechthin. Es ist also nicht ironisch, wenn das Hotel du Parc im schweizerischen Bergdorf Mont Pelerin, hoch über dem Genfer See, der Gründungsort der Gesellschaft, heute für die Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich ist. Nach umfangreicher Renovierung wurde es zu einer Gated Community und zu einem Kurbad für die Superreichen umfunktioniert.

Die Behauptung der „Mont Pelerin Gesellschaft“, sie wäre „neutral“, war eine bewusste Tarnung und gab einer kleinen Minderheit im Westen die Möglichkeit eine verdeckte Operation zu lancieren, die bei vielen den Eindruck vermittelte, dass jedes Mal, wenn der Vorhang aufging, nicht nur ein Szenenwechsel zu sehen war, sondern ein ganz anderes Theaterstück. In der Tat bestand die Absicht den Text zu diesem Stück vollkommen umzuschreiben: Die Gegenwart sollte durch die Vergangenheit ersetzt, das Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit, der Minderheit und der Mehrheit, dem Staat und seinen Bürger*innen umgekehrt und neu ausgerichtet werden, um neoliberale Wirtschaftstheorien als TINA (There Is No Alternative) Event, also als alternativloses Ereignis, zu verankern.

Sir Anthony Fisher steht für die Umsetzung einer weiteren Vorstellung von Hayek, nämlich der langfristigen Strategie neben den bestehenden Universitäten Institutionen zu etablieren, die sich aber in erster Linie als Verfechter des Marktliberalismus verstehen. Unter Fishers zahlreichen „Kindern“ finden sich „Think Tanks“, wie das „Institute of Economic Affairs“, der bevorzugte Think Tank von Margret Thatcher, der auch ihr politischer Berater ist, das „International Institute for Economic Research“, die „Atlas Economic Research Foundation“ und das „International Centre for Economic Policy Studies“, das sich heute „Manhattan Institute“ nennt. Auch in den USA wurden solche Stützpunkte errichtet, wie beispielsweise das „Cato Institute“, die „Hoover Institution“, die „Heritage Foundation“, die „Reason Foundation“, die „Foundation for Economic

Education“, das „American Enterprise Institute“, die „Fraser Institute“ und Stiftungen und Treuhandgesellschaften wie Olin, Scaife und Koch, die diese Institutionen und ihre Tochtergesellschaften und deren Ableger finanzieren.

All diese Institutionen ermöglichen es den Reichen und Superreichen Gelder in Projekte fließen zu lassen, die das System noch mehr in ihrem Sinne verzerren und dabei das Wissen korrumpieren, indem es den Profiten der Unternehmen untergeordnet wird. Schätzungen zufolge ist eine Billion an steuerlich absetzbaren US-Dollar in Netzwerke von hunderten, wenn nicht in tausenden Stiftungen geflossen, die vorgeben karitativ tätig zu sein oder die Bildung zu fördern, deren einziges Ziel es aber ist die Hegemonie der extremeren Formen des neoliberalen Dogmas in den nationalen Ökonomien, den internationalen Beziehungen und der Gesetzgebung einzuzementieren. Geld aus dunklen Kanälen, das dazu dient auf obskure Pferde zu setzen. Beschwört das nicht Bilder von anderen Organisationen herauf?

Es geht an dieser Stelle, liebe Zivilgesellschaft, nicht um die praktischen Details der unregulierten Marktwirtschaften, sondern um diesen eigenartigen Schleier, der über allem liegt und der in den letzten vierzig Jahren Teile des demokratischen Prozesses und unseres Leben verdunkelte. Es gab eine Strategie Regierungsvertreter*innen von den Konsequenzen ihres Tuns zu entfernen und zu viel „Spielraum“ zwischen dem Parlament und der Exekutive, der Exekutive und ihren Verantwortlichkeiten zu schaffen. Man könnte eine Analogie aus der Wirtschaft herstellen und zwar mit den Veränderungen in Britannien mit der Wiedereinführung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung als der vorherrschenden Rechtsform von Unternehmen, die 1720 nach dem Platzen der Südsee-Blase verboten worden war.

Eine zunehmend aktivere Zivilgesellschaft war das Ergebnis einer Bildungsexpansion und des gewerkschaftlichen Aktivismus. Es entstanden Gruppen für Frauenrechte, Schwulenrechte, für Rechte Schwarzer Menschen, selbstorganisierte Nachbarschaftsinitiativen, Anti-Kriegs-Gruppen Umweltinitiativen usw. Dieser vermehrte Aktivismus verursachte politische Probleme für das Kapital und gefährdete dreißig Jahre harter Untergrundarbeit. Die Veröffentlichung von „The Crisis of Democracy Report“ im Jahr 1975 markierte eine bedeutende und dezidiert öffentlich gemachte Ankündigung eines Kurswechsels. Sie besagte, dass die „Krise“ der „Unregierbarkeit“ eine Reaktion erforderlich mache: das Kapital müsse die Verhandlungsmacht der Arbeit und das Ausmaß der demokratischen Beteiligung reduzieren, und es wäre strategisch wünschenswert die Zivilgesellschaft zu einem ein größeren Maß an „Nicht- Beteiligung“ am politischen System zu ermuntern. Zu diesem Zweck sollte „Apathie“ gefördert werden, indem man alles, bis hin zur neoliberalen Ökonomie, entpolitisierte. Kurz gesagt, war das die Erklärung eines Klassenkriegs nach dem Krieg. Gegen dich, meine liebe Freundin!

Die achtziger Jahre sahen dann dessen genüssliche Umsetzung, besonders in den USA und Großbritannien. Zuerst kam es zur offenen Kollision von Klassenideologien, dem Zusammenprall mit den Gewerkschaften, Thatchers „Feind im Inneren“, bei dem die Gewerkschaften verloren und viele ihrer Streik- Befugnisse illegalisiert wurden. Thatchers Angriffe auf den sozialen Wohnbau, getarnt als „das Recht zu Kaufen“, zusammen mit einer Anordnung, die lokalen Behörden untersagte mit den Einnahmen aus dem Verkauf weitere öffentlichen Wohnungen zu bauen, traf sich bestens mit der andauernden Globalisierung (De-Industrialisierung, Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer, Outsourcing) und bewirkte eine große und andauernde Verschlechterung der Lebensbedingungen und der Arbeitsplatzsituation für die meisten Menschen. Prekarität war nun an der Tagesordnung, Entprekariat würden folgen. Nichts entpolitisiert so sehr, wie der der Abbau von Rechten und die wöchentliche (oder tägliche) Angst vor Einkommensverlust. Nichts, außer Schulden. Die Mittelklasse versuchte trotz gesunkenen Einkommens verzweifelt ihren Lebensstandard zu halten und begann sich in eine unheilvolle Verschuldungsspirale zu stürzen indem sie den steigenden Wert von Grund und Boden (auf dem ihre Häuser standen) als ihren persönlichen Geldautomaten verwendeten. Der Niedergang der abgesicherten Mittelklasse verbarg sich hinter Designer-Vorhängen.

Währenddessen nahmen die Unternehmen, insbesondere die multinationalen Konzerne, Abendkurse in „Kreative Buchführung“ und „Steuervermeidung“ und reduzierten langsam die Steuereinnahmen Sie schufen Schleier hinter denen sie ihre Profite verstecken konnten, Offshore-Firmen zum Beispiel oder sie parkten ihre Profite in Niedrigsteuerregionen. Aktuell versuchen sie exterritoriale Wirtschaftsgerichtshöfe zu schaffen, die es erlauben Ansprüche auf entgangene Profite zu erheben, sollten Regierungen beispielsweise neue Umweltschutzgesetze erlassen. Regierungsmitglieder verwenden Schleier (Sonderbestellungen aus dem bekannten Wunderladen der neoliberalen Theorie), um die Distanz zwischen ihnen selbst und ihren Verantwortlichkeiten zu verbergen: Outsourcing ist ein beliebte Masche, Fehler bei Firmenprozeduren werden für Missstände verantwortlich gemacht oder man behauptet, die mittlere Führungsebene hätte die Politik falsch verstanden. Dazu kommt noch die Privatisierung von so ziemlich allem, von der Eisenbahn, über die Wasserversorgung, bis hin zur Post. Ein anderer Kunstgriff sind die Gesetze zur Bekämpfung der „Sozialschmarotzer“, einer, im echten Leben sehr seltenen Spezies, der „ nicht würdigen Armen“ und „Arbeitsscheuen“, all diese semi-mythischen Erfindungen, die nur dazu dienen mehr Kontrolle und erniedrigende Prozeduren zu rechtfertigen. Geld sparen wird zur verdeckten disziplinierten Maßnahme.

Die Strategie Krisen, wie die Subprime-Krise und Bankenkrise, und angebliche Sachzwänge zu verwenden, um die Austeritätspolitik auf nationaler Ebene und in der EU zu rechtfertigen, verschleiert die Komplizenschaft zwischen den Regierungen und einer Politik, die Reichtum für die

Reichen absichert und die Umverteilung nach oben verfestigt. Vom Ideal eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen ist wenig übrig geblieben. Wenig, wenn man von dir, liebe Zivilgesellschaft, absieht.

Unabhängig davon, ob du, unkämpfte Zivilgesellschaft, dich in Gruppen, die auf ein einzelne oder multiple Themen fokussieren organisierst oder in internationalen Netzwerken, bist du von entscheidender Bedeutung, um die Auswüchse eines unkontrollierten Neoliberalismus zu überwachen, diesen zu widerstehen und etwas dagegen zu unternehmen. Der Neoliberalismus führt unweigerlich zum Autoritarismus. wenn er versucht immer mehr Profit aus dem Planeten und unserem Leben zu schlagen. Ironischerweise hat Hayek das mehr oder weniger in einem Interview, im Zusammenhang mit Pinochets Chile, zugegeben: „Persönlich würde ich eine liberale Diktatur einer demokratischen Regierung ohne Liberalismus vorziehen.“ Wenn man sich die jüngsten Entwicklungen ansieht, kommt dies einer Massenkarambolage von begrifflichen Widersprüchen nahe.

Jedenfalls ist die freie und offene Gesellschaft von Diktatoren und Möchtegern-Diktatoren, wie zum Beispiel in Russland, Ungarn und Polen bedroht. Diese sehnen sich nach einer Gesellschaft, in der die Demokratie der Form nach erhalten bleibt während ihr Geist zerbrochen ist, nach einer Art taxidermischer Demokratie, oder wie Colin Crouch es genannt hat, einer „Post-Demokratie“. Bezeichnenderweise haben es diese Regierungen auf die NGOs abgesehen, besonders auf Organisationen, die sich um den Umweltschutz kümmern, die Würde des Menschen und die Menschenrechte verteidigen, bedürftige Menschen unterstützen, die vor Terror, Verfolgung, Krieg und Zerstörung fliehen, aber auch auf Organisationen, die sich für Steuergerechtigkeit einsetzen oder gegen Lobbyismus auftreten. Die teilweise Finanzierung durch ausländische Quellen ist für die autoritären Führer ein Vorwand, um sie ins Visier zu nehmen und dann ihr Vorgehen damit zu rechtfertigen, indem sie eine Gefahr für ihre (rückwärtsgewandte) Vorstellung von reiner Ethnizität oder Religion heraufbeschwören. Diese "Führer" denken, dass sie Stärke und Standhaftigkeit demonstrieren, aber in Wahrheit verrät es nur die Schwäche ihrer Argumente. Leider entlarven sie damit auch die Orientierungslosigkeit der traditionellen und neuen Linken, die vom Weg abgebracht, wie durch den Umhang eines Stierkämpfers getäuscht, sich in Identitätspolitik und andere (nicht weniger wichtige) Umwege verstrickten, während sie diejenigen ignorierten, die am meisten unter dem bestehenden System zu leiden haben. Das Problem ist also nicht der Faschismus an sich, sondern es sind die nicht gehörten Probleme. Es sind nicht die Themen, die von der Rechten forciert werden, wie das Flüchtlingsthema, sondern die Souveränität selbst und wie eine post-neoliberale Zukunft, die durch ein grundlegendes demokratisches Verständnis geformt ist, aussehen könnte.

Dieses Distanzieren, Verschleiern und Filtern wird schon auf einer einfachen Ebene deutlich, wenn wir uns ansehen, wie mit Demonstrationen umgegangen wird. Regierungs- und Interregierungstreffen werden an abgelegenen Orten abgehalten oder es werden, unter dem Vorwand der Sicherheit, umfangreiche No-Go-Zonen eingerichtet. Das hat zur Folge, dass viele politische Führer die Realität nie zu Gesicht bekommen, sondern eine durch die Medien vermittelte, die wiederum immer öfter ihren Freunden oder Nachbarn, den sogenannten Medienzaren gehören oder von ihnen kontrolliert werden. Die Politiker selbst werden zu „Medienstars“, mit all den negativen Folgen von Publikumsbewertungen und „Likes“ in den sozialen Medien. Ein Filter wird über den anderen gelegt, und es ist eine Überraschung, wenn sie überhaupt noch etwas andere als ihre eigenen Interessen wahrnehmen können.

Womit sich die nationalen demokratischen Regierungen und die, die von einer Exekutive geführte, und als neoliberale Projekt über immer weniger Potential verfügenden Europäische Union auch auseinandersetzen müssen ist der erdrückende Einfluss der Lobbyisten. Ohne Transparenz und einer aktuellen Datenbank über Lobbyisten, ohne Auskunft wen sie warum treffen, wird die offene, freie und demokratische Gesellschaft von immer weniger Menschen verwaltet. In einer Zeit, in der die Regierungen von ihren Bürger*innen immer mehr Transparenz verlangen, müssen wir daran arbeiten einen systemischen Schleier nach dem anderen zu entfernen, damit nicht einer davon zum Leichentuch für die Demokratie wird.

Meine liebe Zivilgesellschaft, ich habe gehofft, dass ich dir auch etwas darüber erzählen könnte, wie wichtig es ist, das Vorsorgeprinzip zu beachten, aber das würde zu weit führen. Ich hoffe, bald von deiner Genesung zu hören und wünsche mir, dass und du wieder zu Kräften kommst!

Alles erdenklich Gute,
Tim

Übersetzung: Leo Kühberger